



Ratsgruppe der Bürgerbewegung PRO NRW im Rat der Stadt Remscheid

co/ Andre Hüsgen, Rudolf-Stosberg-Str. 50, 42897 Remscheid

Stadt Remscheid
Herr Oberbürgermeister
Mast-Weisz
Theodor-Körner-Str. 1
42853 Remscheid

Andre Hüsgen

☎ 02191 5682828

21.10.2014
Andre.huesgen@pro-
nrw.net

Antrag: Keine Extremisten und Verfassungsfeinde in städtische Gremien einladen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Gruppe PRO NRW beantragt zur nächsten Ratssitzung :

1. Der Rat der Stadt Remscheid untersagt jegliche Einladung an Extremisten und Verfassungsfeinde in städtische Gremien.
2. Als Ersatz für einen politisch untragbaren VVN-BdA-Vertreter wird der Jugendrat dazu angehalten, zwecks Suche eines geeigneten vortragenden Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs sich an die Gemeinde der Bergischen Synagoge in Wuppertal-Barmen zu wenden.

Begründung des Antrags:

Der Jugendrat hat in seiner Sitzung vom 2. September 2014 unter TOP 6.3 in Missachtung des Geists der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beschlossen, den VVN/BdA-Funktionär Werner Faeskorn als vortragenden Zeitzeugen des Zweiten Weltkriegs zu einer der nächsten Tagungen des Gremiums einzuladen. Die VVN/BdA ist eine von den deutschen Verfassungsschutzämtern als linksextrem eingestufte Vorfeldorganisation der DKP. Ihr voller Name lautet „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der AntifaschistInnen“. In der besagten Niederschrift des Jugendrats wird lediglich auf den ersten Namensbestandteil VVN eingegangen, doch BdA ausgelassen, wahrscheinlich, um die Vertreter bürgerlicher Parteien nicht auf den zweifelhaften Charakter des Vereins aufmerksam zu machen.

Erst Anfang Oktober dieses Jahres urteilte das Verwaltungsgericht München, dass eine fortgesetzte Erwähnung der VVN/BdA durch den Verfassungsschutz rechtens und verhältnismäßig ist. Zur Last gelegt wird der Organisation, Kontakte zu gewaltbereiten „Autonomen“ zu pflegen. Es wird von ihr jedes nicht-marxistische Staatssystem als zumindest potenziell „faschistisch“ verunglimpft, so auch der freiheitliche Rechtsstaat. Widerstand gegen den historischen Nationalsozialismus und den heutigen Neonationalsozialismus wird als zwangsläufig verbunden mit der Agitation für eine sozialistische Diktatur internationalistischer Art inszeniert, weshalb auch bürgerliche Kräfte zu den Hassobjekten der VVN/BdA zählen.

Es ist bereits bedenklich genug, mit Gunhild Böth im Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium, das sich bekanntlich in städtischer Trägerschaft befindet, eine Lehrerin im Status einer Landesbeamtin zu haben, die ab 1979 DKP-Frau gewesen ist, heute als Wuppertaler Fraktionsvorsitzende in der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ ihr Unwesen treibt und bekennende „DDR“-Verherrlicherin ist.

In diesem konkreten Fall kann der Rat höchstens mit einer Resolution an das Land appellieren, Böths Verfassungstreue eingehend zu prüfen, aber die Möglichkeit einer bewussten Ausladung des kommunistischen Ideologen Werner Faeskorn liegt im Machtbereich der höchsten politischen Institution der Remscheider Bürgerschaft. Hier ist ein klares Zeichen gegen Extremismus geboten!

Mit freundlichen Grüßen

Andre Hüsgen, Ratsgruppensprecher